

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet
 unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 16

vom 30. April 2010

Redaktion: Katja Richardt

Wirtschaft und Hafen

Clusterpolitische Gesamtstrategie für Hamburg.....	3
Neue Umschlags- und Lagerhalle für den Hamburger Großmarkt	5
Bundesfinanzministerium stützt Hamburger Kurs zur Auflösung der Freizone	7

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Wohnungsgenossenschaftstag in Hamburg	8
Das Hamburg House in Shanghai wird eröffnet	10
Harburger Schlossinsel wird Stadtumbaugebiet	11
Scoping für Moorburg-Kühlturm.....	12

Soziales, Familie und Gesundheit

Pflegestützpunkt Nummer neun eröffnet.....	13
Experten der Kinder- und Jugendhilfe tagen in Hamburg	16
Neue Angebote und bewährte Partner.....	17
„Alkohol? Kenn dein Limit“	20

Schule, Jugend und Berufsbildung

Bildungsbehörde baut Aula für Jugendmusikschule.....	21
Die Handelsschule Weidenstieg mit Wirtschaftsgymnasium gewinnt den Sonderpreis der Stadt Karlsruhe.....	23

Wissenschaft und Forschung

Erfolgreicher Ausbau der Branche Life Science in Hamburg und Schleswig-Holstein wird durch einen Masterplan gestärkt	24
25 Mio. Euro für dringliche Sanierungen an der Universität Hamburg.....	27
Zweiter Bericht über die Höhe und Verwendung der Studiengebühren vorgelegt	28

Justiz

Google Street View: gesetzliche Regelung statt Selbstverpflichtung	30
--	----

Landgericht Hamburg verbietet Verwendung des „Top 100“-Siegels i m Zeitschriftenhandel	31
Jam in Santa Fu: Justizsenator präsentiert Jam in Jail-CD und übergibt „Geld“ an den Weißen Ring.....	33
Kultur	
„Nach dem Einsturz: Das Historische Archiv der Stadt Köln“	34
Zur Information	
Einheitlich und bürgerfreundlicher – Das Finanzamt Hamburg-Bergedorf organisiert seinen Veranlagungsbereich neu	35
Terminkalender	37

27. April 2010/bwa27

Clusterpolitische Gesamtstrategie für Hamburg

Senat beschließt Konzept zur Stärkung der Clusterpolitik

Um die Vorteile der Clusterpolitik noch besser ausschöpfen zu können, hat der Senat heute beschlossen, eine clusterpolitische Gesamtstrategie für Hamburg zu entwickeln und umzusetzen. Das von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit vorgelegte Konzept stellt eine Ergänzung zu den bestehenden Clusterinitiativen dar. Es beinhaltet einen Ordnungsrahmen mit gemeinsamen Leitlinien für die Clusterpolitik in Hamburg. Für die Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Maßnahmen in den einzelnen Clustern – einschließlich Controlling und Finanzierung – sind und bleiben dagegen weiterhin die fachlich zuständigen Ressorts verantwortlich.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Hamburg erweitert heute seine strategische Wirtschaftspolitik um einen wichtigen Treiber. Das ist ein gutes Signal für Wirtschaft, Forschung und Beschäftigung. Und es untermauert Hamburgs Spitzenstellung als zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort.“

Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in den etablierten Clustern Luftfahrt, Logistik, IT & Medien sowie Life Sciences hat gezeigt, dass die Clusterpolitik in Hamburg ein sehr erfolgreiches Instrument ist. In den Bereichen Erneuerbare Energien, Gesundheitswirtschaft, Kreativwirtschaft und Maritime Industrie verfügt Hamburg zudem über aussichtsreiche Potenziale, die es zu nutzen gilt. Hamburg richtet seine Clusterpolitik also nicht nur an der Maxime „Stärken stärken“ aus, sondern erweitert seine wirtschafts- und strukturpolitische Strategie um den gezielten Aufbau von Zukunftsfeldern mit hohem Innovationspotenzial.

Die Eckpunkte der clusterpolitischen Gesamtstrategie mit dem Hamburger Clusterportfolio und dem gemeinsamen Rahmen für die einzelnen Clusterinitiativen sollen regelmäßig fortgeschrieben werden. Dabei sind wirtschaftliche und technologische Entwicklungstrends ebenso zu berücksichtigen wie neue clusterpolitische Ansätze, Instrumente und Methoden in Wissenschaft und Praxis. Darüber hinaus bilden die Ergebnisse eines gemeinsamen

Evaluationssysteme für alle Cluster eine wesentliche Grundlage für die Fortentwicklung der Gesamtstrategie.

Es wird eine Arbeitsgruppe fest etabliert, deren Aufgabe es ist, den Erfahrungsaustausch zwischen den Clusterverantwortlichen zu clusterübergreifenden Fragestellungen – insbesondere in den Handlungsfeldern „Forschung, Entwicklung und Innovation“, „Fachkräftegewinnung und Qualifizierung“, „Internationalisierung“ sowie „Strategie und Controlling“ – zu befördern. Ziel ist es, durch diesen Erfahrungsaustausch die Aufgabenwahrnehmung in allen Clustern effizienter zu machen. Darüber hinaus soll die Arbeitsgruppe clusterübergreifende Kooperationsprojekte abstimmen und umsetzen, beispielsweise zu umweltpolitischen Aspekten. Dabei sollen Schnittstellen zwischen den Clustern besser erschlossen werden und so weitere Wachstumspotenziale aktiviert werden.

Den Vorsitz in der Arbeitsgruppe hat die *Stabsstelle Clusterpolitik*, die in der Behörde für Wirtschaft und Arbeit neu geschaffen wird. Sie bereitet die Arbeitsgruppentreffen vor, initiiert und begleitet clusterübergreifende Projekte, erstellt die Vorlagen für die Staatsräte zur Weiterentwicklung der clusterpolitischen Gesamtstrategie und erarbeitet in diesem Zusammenhang auch Vorschläge zur Anpassung des Portfolios der Hamburger Clusterinitiativen. Die Stabsstelle fungiert außerdem als zentrale Anlauf- und Kontaktstelle, koordiniert die norddeutsche Zusammenarbeit im Bereich der Clusterpolitik und vertritt hamburgische Interessen in clusterpolitischen Diskussionen beim Bund und der Europäischen Union.

Die Koordinierung der Cluster durch die Stabsstelle Clusterpolitik wird durch eine enge Zusammenarbeit mit der HWF bzw. HMG in den Bereichen Marketing, Wirtschaftsförderung und Ansiedlung von Unternehmen ergänzt. Die übergeordnete Clusterpolitik steht zudem in enger Beziehung zur Innovations- und Technologiestrategie, die im Rahmen der InnovationsAllianz für Hamburg erarbeitet wird. Ziel ist es, eine kohärente Innovations- und Clusterpolitik für Hamburg zu entwickeln und umzusetzen

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

28. April 2010/bwa/28

Neue Umschlags- und Lagerhalle für den Hamburger Großmarkt

Die Erzeugergemeinschaft für Obst, Gemüse und Blumen e. G. (EZG) hat heute ihr Richtfest für den Neubau einer Umschlags- und Lagerhalle gefeiert, deren Bau durch die EU und die Freie und Hansestadt Hamburg unterstützt wird. Die Wirtschaftsbehörde hat der EZG dazu den Förderbescheid für die Erstellung eines Marketingkonzeptes zur Optimierung ihrer Aktivitäten überreicht. Durch den Einsatz der neuen Lager- und Umschlagshalle soll der Absatz regional erzeugter Produkte erhöht werden. Darüber hinaus wird eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EZG als Mittler zwischen Erzeugern, Einzelhandel und Verbrauchern angestrebt, wodurch der Hamburger Großmarkt in seiner Funktion als zentraler Marktstandort im norddeutschen Raum nachhaltig gefestigt wird. Medienvertreter sind herzlich eingeladen, zu berichten.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Mit diesem zukunftsweisendem Konzept können den Verbrauchern die Vorteile heimisch erzeugter, saisonaler Produkte wie Frische und Vielfalt nahe gebracht werden. Gleichzeitig kann dadurch ein Beitrag zur Bewusstseinsbildung bei den Verbrauchern für die Anbaugelände in der Region geleistet werden. Die regionalen landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Produkte rücken mehr in den Fokus der Hamburger Bevölkerung. Verbraucher können eine engere Stadt-Land-Beziehung aufbauen.“

Torsten Berens, Geschäftsführer des Großmarktes: „Das besondere Angebot der Erzeuger trägt dazu bei, dass der Großmarkt Hamburg wegen seiner Sortimentsvielfalt weiterhin als einer der wenigen tatsächlichen Märkte in Deutschland gilt, auf dem ein breites Marktgeschehen stattfindet. Die Vermarktung der Produkte der EZG-Mitglieder auf dem Großmarkt bietet ihnen die Möglichkeit, notwendige Mengen rentabel zu produzieren.“

Im Sinne ihrer Zukunftssicherung hat die EZG damit die Weichen gestellt: Das Gesamtkonzept steht unter dem Motto „Qualitätsverbesserung der Vermarktungsstrukturen der EZG“. Es wird aus Mitteln der EU und der Freien und Hansestadt Hamburg gefördert und umfasst in einem ersten Teil den Neubau der Umschlags- und Lagerhalle incl.

umweltgerechter Modernisierung der Waschanlage für die Mehrwegkisten. Das Investitionsvolumen beträgt hier rd. 800.000 EUR. Der Neubau der Umschlags- und Lagerhalle wird in Form einer modernen Stahlhalle auf den Fundamenten der alten Betonhalle errichtet, die auf drei Seiten geschlossen sein wird. Sie hat eine Ausdehnung von 20 x 90 m und eine Stapelhöhe von 7,50 m. Nach Abschluss der Bauarbeiten wird eine Kistenwaschanlage installiert, so dass dann der Betrieb, der seit dem Abbruch der Halle im Dezember 2009 ruht, wieder aufgenommen werden kann.

Das Gesamtprojekt führt zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EZG als Mittler zwischen Erzeugern, Einzelhandel und Verbrauchern. Durch die Festigung der Position der EZG am Markt wird die Rolle der Erzeuger und des Hamburger Großmarktes in seiner Funktion als zentraler Marktstandort im norddeutschen Raum nachhaltig gefestigt. Die EZG stärkt mit ihrem Vorhaben die vertikale Kooperation vom Erzeuger über den Vermarkter / Verarbeiter bis hin zu den einzelnen Verbrauchergruppen. Daraus resultiert eine höhere Transparenz für den Verbraucher. Diese verbessert die Identität der Bevölkerung mit „ihrer“ heimischen Landwirtschaft und fördert den Stellenwert von Landwirtschaft und Gartenbau.

Die EZG ist ein Zusammenschluss von über 100 Erzeugern des Gartenbaus aus Hamburg und den angrenzenden Bundesländern. Sie wurde vor fast 60 Jahren zur gemeinsamen Vermarktung der von ihren Mitgliedern erzeugten, saisonalen Produkte, gegründet. Das Angebot zeichnet sich durch eine große Vielfalt und regionale Spezialitäten aus. Zum einen verfügt die EZG über eine Verkaufsfläche für ihre Mitglieder in der Halle des Großmarktes und zum anderen über eine Halle mit Kistenwaschanlage für das Aufbereiten von Mehrwegkisten im westlichen Bereich des Großmarktgeländes

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

28. April 2010/bwa28a

Bundesfinanzministerium stützt Hamburger Kurs zur Auflösung der Freizone

Der **Hamburger** Senat hatte die vollständige **Aufhebung der Freizone** im **Hafen** der Hansestadt zum 1. Januar 2013 beschlossen und beim Bund im Dezember letzten Jahres beantragt. Jetzt bekräftigt **Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble** dieses Vorhaben und teilt die Auffassung, dass mit der Aufhebung der Freizone eine notwendige Vorleistung für die Vereinfachung der Zollabfertigung und für die Beschleunigung der Prozesse insgesamt erbracht wird. Da die Entscheidung des Senats auf einem breiten Konsens aller im Bereich der Hafenwirtschaft tätigen Institutionen, Verbänden, Wirtschaftsunternehmen und Behörden beruht, besteht nunmehr eine breite Basis, um die notwendigen Maßnahmen zielführend fortzuentwickeln. In Kürze wird hierzu ein Gesetzesentwurf des Bundes zu weiteren Abstimmung vorliegen.

Mit der Aufhebung der Freizone erhält Hamburg die volle Gestaltungs- und Planungshoheit für das Hafengebiet zurück und stellt damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung Hamburgs als Logistikstandort dar.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: Pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

26. April 2010/bsu26

Wohnungsgenossenschaftstag in Hamburg

Senatorin Hajduk kündigt Gespräche zum Bau neuer Wohnungen und für einen Klimapakt an

Die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Anja Hajduk, hat heute auf einem Empfang im Rathaus für die 350 Teilnehmer des norddeutschen Wohnungsgenossenschaftstages die Wohnungsgenossenschaften als „wichtige und zuverlässige Partner für den Bau neuer Wohnungen sowie der energetischen Sanierung des Bestandes“ bezeichnet. Gleichzeitig kündigte Anja Hajduk an, in Kürze führende Vertreter der Wohnungswirtschaft zu einem Auftaktgespräch mit dem neuen Wohnungsbaukoordinator einzuladen. Ziel sei es, gemeinsam „die Potentiale zum Bau neuer Wohnungen zu nutzen und einen wirkungsvollen Klimapakt abzustimmen, der die Klimaschutzziele des Senats unterstützen hilft“. Weiter sagte die Senatorin: „Aus guten Gründen haben die Genossenschaften einen Wohnungsbaukoordinator gefordert, für den der Senat nun mit Michael Sachs einen hervorragend geeigneten Kenner benannt hat. Ich bin überzeugt, dass der Wohnungsbaukoordinator auch für die Genossenschaften zu einem wichtigen Partner wird, um in Hamburg den Bau neuer Wohnungen voranzubringen.“ Anja Hajduk appellierte zudem an die Genossenschaftsvertreter: „Unserem Ziel, bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 die CO₂-Emission um 40 Prozent zu senken, kommen wir ein großes Stück näher, wenn uns die Wohnungsgenossenschaften auf diesem Weg unterstützen. Insbesondere durch die energetische Sanierung der Wohnungsbestände kann ein großer Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.“

Der Norddeutsche Genossenschaftstag findet alle zwei Jahre statt. In diesem Jahr stand er unter dem Motto: „Wohnungsgenossenschaften: nachhaltig und innovativ!“. Ausrichter sind der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen, der Verband der Wohnungswirtschaft Niedersachsen und Bremen und der Verband der Wohnungsgenossenschaften Sachsen-Anhalt. Sie vertreten 408 Genossenschaften mit über 595.000 Wohnungen 803.000 Mitglieder. Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. vertritt 316 Wohnungsgenossenschaften in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. In ihren 722.000 Wohnungen (davon 130.000 in Hamburg), leben rund 1,5 Millionen Menschen.

Der VNW Verbandsdirektor Dr. Joachim Wege hob hervor:
„Wohnungsbaugenossenschaften sind gut für ihre Mitglieder und zugleich für die Gesellschaft insgesamt. Bei ihnen steht der Mensch und nicht die Rendite im Vordergrund. Sie sind kundenorientiert und bieten Gestaltungsmöglichkeit in den Gremien der Genossenschaft wie auch im Wohnumfeld. Sie integrieren Menschen – jung und alt, Singles und Familien – ungeachtet ihrer Herkunft zu einer Gemeinschaft. Dies ist gerade in der heutigen Zeit ein wichtiger Beitrag zur sozialen Wohnraumversorgung und zur Stabilisierung unseres Gemeinwesens. Die in den USA ausgelöste Finanzkrise hätte es nicht gegeben, wenn die dortige Regierung auf Wohnungsbaugenossenschaften und nicht auf unbezahlbares Wohneigentum – mit Subprime-Darlehen finanziert – gesetzt hätte. Und auch in Deutschland sollte man auf Wohnungsbaugenossenschaften und nicht auf Heuschrecken setzen.“

Ulrich Stallmann, Vorsitzender des Arbeitskreis Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften e.V., sagte zur Rolle der Wohnungsbaugenossenschaften in Hamburg:

„Die Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften leisten mit ihren rund 130.000 Wohnungen einen unverzichtbaren Beitrag zur preiswerten und sicheren Wohnungsversorgung in unserer Metropole. Über 200.000 Mitglieder vertrauen zu Recht darauf, auch in Zukunft ein attraktives Zuhause bei ihren Genossenschaften finden zu können, oder legen zum Beispiel ihr Geld bei einer Genossenschaft mit Spareinrichtung an. Genossenschaften bieten nicht nur Wohnraum, sie gestalten das Leben in ihren Siedlungen. Sie übernehmen Verantwortung in einer Zeit, in der sich der Staat zunehmend aus sozialen Aktionsfeldern zurückzieht. Hamburgs Wohnungsbaugenossenschaften haben in den letzten Jahren mit jeweils über 600 Neubauwohnungen einen maßgeblichen Beitrag zur Erweiterung des Mietwohnungsangebotes geleistet. Auf diesem Gebiet und auf dem Gebiet der Modernisierung, insbesondere der energetischen Sanierung, könnten sie ihre Aktivitäten bei entsprechender Zurverfügungstellung von Flächen und Fördermitteln durch die Stadt noch weiter steigern.“

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

-Pressestelle-

Tel.: 040 / 428 40 - 3063 od. -3249

28. April 2010/bsu28

Das Hamburg House in Shanghai wird eröffnet

Zum Start der Weltausstellung in Shanghai am 1. Mai 2010 präsentiert sich Hamburg als lebenswerte und innovative Metropole am Wasser – mit dem ersten zertifizierten Passivhaus Chinas

Der Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Dr. Stephan Hugo Winters, eröffnet zum Auftakt der EXPO 2010 in Shanghai das Hamburg House, mit dem Hamburg sich an der Weltausstellung beteiligt. Die EXPO 2010 startet am Samstag, den 1. Mai 2010 und dauert bis zum 31. Oktober. Erwartet werden mehr als 70 Millionen Besucher. Auf der EXPO präsentieren sich über 240 Nationen und Organisationen, darunter erstmals auch 55 ausgewählte Metropolen und Regionen. Hamburg ist als einzige deutsche Stadt von der chinesischen Expo-Gesellschaft ausgewählt worden, sich mit einem eigenen Bauprojekt zu beteiligen.

Dazu hat Hamburg in seiner Partnerstadt Shanghai das erste zertifizierte Passivhaus in China gebaut – ein Gebäude, das dank modernster Umwelttechnik, die konsequent an die örtlichen Klimaverhältnisse angepasst wurde, extrem wenig Energie verbraucht. Die EXPO-Besucher werden im Hamburg House die Vorteile einer ökologischen Bauweise für Wohnen und Arbeiten unter einem Dach erleben. Und sie entdecken zugleich die besonderen Stärken der norddeutschen Metropole – von nachhaltiger Stadtentwicklung, Architektur und Klimaschutz über ihre langjährigen Beziehungen zu China und ihre Wirtschaftskraft als Hafenmetropole bis hin zur vielfältigen Kunst- und Kulturszene der Hansestadt. Nach der Weltausstellung soll das Hamburg House als Bürogebäude genutzt werden.

Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters: „Das Hamburg House präsentiert sich seinen Besuchern als ‚Haus der verborgenen Energien‘. Es setzt nicht nur Maßstäbe für ökologisches Bauen, sondern ist Ausstellungsgegenstand und Ausstellungsraum zugleich. Hamburg gibt damit einen wichtigen Anstoß zu nachhaltiger Stadtentwicklung und zum Klimaschutz in China. Schon in der Bauphase war zu spüren, dass China mit seinem riesigen Wohnungsbedarf großes Interesse an diesem vorbildlichen Passivhaus hat.“ Zum Nationentag Deutschland am 19. Mai wird **Bundespräsident Horst Köhler** nach Shanghai reisen und am 20. Mai auch das Hamburg House besuchen. Hamburgs Erster **Bürgermeister Ole von Beust** kommt zum Hamburg-Tag am 31. Mai auf die EXPO nach Shanghai und trifft sich auch im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Regierungsvertretern.

Infos und Fotos (auch im Anhang dieser Mail) unter: www.expo2010-hamburg.de

Rückfragen: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle, Tel.: 040 / 428 40 - 3063

Kontakt:

Johannes Freudewald
Pressesprecher EXPO Shanghai 2010 Hamburg House
Hamburg Marketing GmbH | Habichtstraße 41 | D-22305 Hamburg
Mobil +49-(0)176-43005016 | E-Mail: johannes@freudewald.de
www.marketing.hamburg.de | www.expo2010-hamburg.de
Office: Osterstraße 58 | D-20259 Hamburg
Tel. +49-(0)40-37420352 | Fax +49-(0)40-37420353



29. April 2010/bsu29

Harburger Schlossinsel wird Stadtumbaugebiet Newsletter informiert über Projekte der Integrierten Stadtteilentwicklung

Die Senatskommission für integrierte Stadtteilentwicklung hat heute beschlossen, die Harburger Schlossinsel im Rahmen der integrierten Stadtteilentwicklung als Stadtumbaugebiet festzulegen. Damit können in den nächsten fünf Jahren Investitionen in Höhe von insgesamt fünf Millionen Euro zum Umbau der Harburger Schlossinsel aus dem Bund – Länder Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau“ finanziert werden. Der Bund beteiligt sich mit einem Drittel an diesen Kosten.

Bereits seit 1990 betreibt die Freie und Hansestadt Hamburg eine Entwicklungsplanung für das Gebiet des Harburger Binnenhafens. Mit der Einbeziehung in die Planungen zum „Sprung über die Elbe“ und in die „Internationale Bauausstellung Hamburg 2013“ wurde die Entwicklung der Harburger Schlossinsel vom Hafengebiet zu einemutzungsgemischten Quartier vom Senat konkretisiert. Nach der angestrebten Entlassung der Harburger Schlossinsel aus dem Hafengebiet kann die positive Entwicklung aus dem südlichen Binnenhafen hier fortgesetzt werden (Vgl. Drucksache 19/467 „Entwicklungsplanung Harburger Binnenhafen“). Gerade die nach allen Seiten von Wasser umgebene Harburger Schlossinsel bietet große Potenziale als Wohnstandort, gemischt mit maritimem Gewerbe. In der Mitte der Schlossinsel ist ein öffentlicher Park geplant, in den auch das im 19. Jahrhundert zum Wohngebäude umgebaute Harburger Schloss eingebettet werden soll. So kann ein einmaliges Wohnumfeld zwischen Wasser, Historie, Hafen und Grün entstehen.

Zu den im Rahmen des Stadtumbaus zu fördernden Maßnahmen gehören insbesondere Infrastrukturmaßnahmen wie die Schaffung der Parkanlage auf der Harburger Schlossinsel, die Neuanlage von Uferpromenaden, oder der Neubau einer Fußgängerklappbrücke über den Lotsekanal und einer Brücke am Kaufhauskanal. Auch Kaimauern können saniert und Freiflächen neu gestaltet werden. Diese Maßnahmen sollen in den nächsten fünf Jahren in enger Kooperation zwischen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und des Bezirksamtes Harburg umgesetzt werden.

Über die Aktivitäten der Leitstelle für Integrierte Stadtteilentwicklung informiert der neue Newsletter, den Sie im Anhang finden.

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

29. April 2010/bsu29a

Scoping für Moorburg-Kühlturm BSU startet Genehmigungsverfahren

Vattenfall beabsichtigt für das in Bau befindliche Kraftwerk Moorburg einen Hybrid-Kühlturm zu betreiben. Dieses bedeutet eine Änderung der Genehmigung für den Kraftwerksbau und setzt nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz ein neues, zusätzliches Genehmigungsverfahren in Gang. Genehmigungsbehörde ist die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU).

Nach Prüfung der von Vattenfall eingereichten Unterlagen nach dem Umweltverträglichkeitsgesetz (UVPG) hat die BSU festgestellt, dass für den geplanten Hybrid-Kühlturm eine Umweltverträglichkeitsprüfung einschließlich einer Verträglichkeitsprüfung nach Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU durchgeführt werden muss. Für die Errichtung und den Betrieb des Kühlturms ist damit ein Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung nötig. Als ersten Schritt für die Umweltverträglichkeitsprüfung hat die Behörde nun ein sogenanntes Scoping-Verfahren eingeleitet und zu einem Scoping-Termin eingeladen.

Im Rahmen des Scopings (aus dem Englischen scope = Rahmen, Umfang oder to scope = gründlich betrachten) erhalten die zu beteiligenden Fach-Behörden sowie relevante Dritte wie Naturschutzverbände Informationen zum Vorhaben und zur Umweltverträglichkeitsprüfung und ihrem Untersuchungsrahmen.

Die beteiligten Behörden und Verbände erhalten dann im Rahmen des Scoping-Termins Gelegenheit, für die Umweltverträglichkeitsprüfung zu berücksichtigende Informationen, die ihnen vorliegen, der BSU zur Verfügung zu stellen und die aus ihrer Sicht notwendigen Untersuchungen zu benennen. Auf Basis dieses Scopings wird die BSU dann den voraussichtlichen Untersuchungsrahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung festlegen.

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle,

T: (040)428.40-32 49, -3062,- 2051, -2058

27. April 2010/bsg27

Pflegestützpunkt Nummer neun eröffnet

Mit dem Stützpunkt in Eimsbüttel gibt es nun in allen Hamburger Bezirken kompetente Pflegeberatung aus einer Hand

Hamburgs Sozialsenator Dietrich Wersich und der Eimsbüttler Bezirksamtsleiter Dr. Torsten Sevecke haben heute den Eimsbüttler Pflegestützpunkt in den Räumlichkeiten des ehemaligen Ortsamtes Lokstedt eröffnet. Damit sind alle der bislang neun geplanten Pflegestützpunkte in Betrieb. Ende 2010 wollen die Sozialbehörde, die Bezirksämter sowie die Kranken- und Pflegekassen darüber beraten, ob weitere Standorte eingerichtet werden.

„Ich freue mich, dass wir mit dem Stützpunkt in Eimsbüttel nun in allen Bezirken ein umfassendes Beratungsangebot zum Thema Pflege haben“, sagte **Sozialsenator Dietrich Wersich** bei der Eröffnungsfeier. „Die Erfahrungen, die wir in den acht bereits bestehenden Stützpunkten sammeln konnten, belegen, dass Pflegebedürftige und ihre Angehörigen einen hohen Informationsbedarf haben aber auch Hilfe bei der Organisation und der Finanzierung der Pflege benötigen. In den Pflegestützpunkten können wir Ihnen kompetent und schnell weiterhelfen.“

Dr. Torsten Sevecke, Leiter des Bezirksamtes: „Der Bezirk Eimsbüttel erfährt mit der Einweihung des Pflegestützpunktes eine wichtige Erweiterung seiner umfangreichen Seniorenarbeit. Ich wünsche den Mitarbeitern viel Erfolg bei ihrer wichtigen Tätigkeit, interessante Beratungsgespräche und hilfreiche Kontakte mit vielen Organisationen, die in der Arbeit mit Senioren aktiv sind.“

Mit der Eröffnung des Standortes in Eimsbüttel gibt es in Hamburg in jedem Bezirk mindestens einen Pflegestützpunkt, in Wandsbek zwei, sowie einen Pflegestützpunkt speziell für Kinder und Jugendliche. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Stützpunkten nehmen sich Zeit für jeden Ratsuchenden, kommen auf Wunsch auch nach Hause und begleiten über einen längeren Zeitraum. Sie beraten bei der Auswahl von Diensten und vermitteln ehrenamtliche Helfer. Die Beratung ist in der Regel kostenlos und seit dem Start des ersten Pflegestützpunktes im Juli 2009 von rund 3.300 Menschen in Anspruch genommen worden.

➤ **Weiterer Ausbau der Pflegestützpunkte**

Die Arbeit der Pflegestützpunkte wird wissenschaftlich begleitet. Ende 2010 soll eine Studie vorliegen, auf deren Grundlage sich die Sozialbehörde, die Bezirksämter sowie die Kranken- und Pflegekassen entscheiden wollen, ob noch weitere Pflegestützpunkte eingerichtet werden.

➤ **Standorte und Erreichbarkeit der Pflegestützpunkte**

Die Pflegestützpunkte sind zentral gelegen und gut erreichbar. Jeweils montags von 8 bis 12 Uhr sowie donnerstags von 14 bis 18 Uhr ist eine persönliche Beratung ohne Anmeldung möglich. Für eine telefonische Beratung sind die Pflegestützpunkte dienstags und freitags von 8 bis 12 Uhr erreichbar. Bei Bedarf kann eine persönliche Beratung außerhalb der Öffnungszeiten vereinbart werden, auf Wunsch auch Zuhause. Darüber hinaus ist die Kontaktaufnahme per Mail oder per Rückrufbitte auf dem Anrufbeantworter möglich.

• **Pflegestützpunkt Eimsbüttel**

Garstedter Weg 13 (ehemaliges Ortsamt Lokstedt)

Telefon 040 / 4 28 99 10 30

• **Pflegestützpunkt Hamburg-Mitte**

Besenbinderhof 41 (im Gesundheitsamt)

Telefon 040/ 428 99-10 50

• **Pflegestützpunkt Altona**

Achtern Born 135 (Soziales Dienstleistungszentrum)

Telefon 040 / 4 28 99-10 10

• **Pflegestützpunkt Hamburg-Nord**

Kümmellstraße 7 (im Bezirksamt)

Telefon 040/ 428 99-10 60

• **Pflegestützpunkt Wandsbek-Markt**

Wandsbeker Allee 62 (Neubau)

Telefon 040/ 4 28 99 10 70

• **Pflegestützpunkt Rahlstedt**

Rahlstedter Straße 151 – 157 (ehemaliges Ortsamt Rahlstedt)

Telefon 040/ 4 28 99 10 80

• **Pflegestützpunkt Bergedorf**

Wentorfer Straße 38 (Rathaus)

Telefon 040/ 4 28 99 10 20

- **Pflegestützpunkt Harburg**

Harburger Ring 33 (Soziales Dienstleistungszentrum)

Telefon 040/ 4 28 99 10 40

- **Pflegestützpunkt für Kinder und Jugendliche**

beim Beratungszentrum sehen | hören | bewegen | sprechen

Eppendorfer Landstraße 59

Telefon 040/ 4 28 99 10 90

Was sind Pflegestützpunkte?

Pflegestützpunkte werden gemeinsam von den Kranken- und Pflegekassen sowie der Stadt Hamburg getragen. Anfang 2009 haben die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, die Bezirke sowie die Kranken- und Pflegekassen hierzu eine entsprechende Vereinbarung getroffen.

Pflegestützpunkte beraten und unterstützen pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen unabhängig zu allen Fragen rund um das Thema Pflege. Die Beraterinnen und Berater unterstützen z.B. bei Fragen der Finanzierung, beim Ausfüllen von Anträgen oder bei der Suche nach einem geeigneten Heimplatz. Darüber hinaus bieten die Pflegestützpunkte eine umfassende individuelle Fallberatung über einen längeren Zeitraum an, auf Wunsch kann das gesamte Leistungsgeschehen koordiniert werden. Das Besondere an Pflegestützpunkten ist, dass all diese Leistungen unter einem Dach erfolgen. Bisher mussten zum Beispiel bei Anträgen zur Hilfe zur Pflege verschiedene Stellen aufgesucht werden (Kranken-/Pflegekassen bzw. Bezirksämter). In einem Pflegestützpunkt gibt es all diese Informationen und Unterstützungsangebote an einem Ort.

Weitere Informationen zu Pflegestützpunkten gibt es unter www.hamburg.de/pflege.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsg/

28. April 2010/bsg28

Experten der Kinder- und Jugendhilfe tagen in Hamburg

Familien senator Dietrich Wersich hat heute die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) eröffnet

Die rund 100 Mitglieder aus Wohlfahrts- und Jugendverbänden, Fachorganisationen der Jugendhilfe und den obersten Familienbehörden treffen sich in der Patriotischen Gesellschaft, um das Arbeitsprogramm der AGJ für das kommende Jahr festzulegen und anstehende Projekte, wie den 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag im Jahr 2011 in Stuttgart, zu planen. Zur Eröffnung der Mitgliederversammlung sprachen neben Hamburgs Familien senator Dietrich Wersich seine Kollegin aus Mecklenburg-Vorpommern, Sozialministerin Manuela Schwesig, sowie Lutz Stroppe, Leiter der Abteilung Kinder und Jugend im Bundesfamilienministerium.

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) ist ein Netzwerk von Organisationen und Institutionen der freien und öffentlichen Jugendhilfe. Sie arbeiten seit Gründung der AGJ im Jahr 1949 mit dem Ziel zusammen, die Kommunikation über und die Kooperation in jugend- und fachpolitischen Feldern zu stärken.

„Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass die AGJ das wohl einflussreichste Gremium für die Jugend- und Familienpolitik auf Bundesebene ist“, sagte Hamburgs **Familien senator Dietrich Wersich** zur Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. „Sie verkörpern die geballte Fachkompetenz der Jugendhilfe in Deutschland. Ihre Arbeit, den Austausch und die Vernetzung unter den Beteiligten voranzutreiben, ist gerade im weiten Feld der Kinder- und Jugendhilfe von großer Bedeutung. Ich freue mich daher sehr, dass Sie in diesem Jahr Hamburg als Standort für Ihre Mitgliederversammlung ausgewählt haben“, so **Senator Wersich** weiter. „Wir stehen, wie wohl die meisten Städte und Länder, vor großen Herausforderungen in der Jugendhilfe. Bundesweit sind die Fallzahlen beispielsweise bei den Hilfen zur Erziehung stetig steigend, die Haushaltsmittel aber sinken durch die Wirtschaftskrise drastisch. Unter diesen Rahmenbedingungen Lösungen im Sinne der Kinder und Jugendlichen zu finden, ist eine schwierige Aufgabe, die im fachlichen Austausch unter den Mitgliedern der AGJ leichter zu bewältigen ist.“

Bereits am Dienstagabend hatte **Familien staatsrätin Dr. Angelika Kempfert** die Mitglieder des Vorstandes der AGJ im Gästehaus des Senates begrüßt. Denn auch für die Vorstandssitzung hatte die AGJ diesmal Hamburg als Tagungsort gewählt.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de;
Internet: www.hamburg.de/bsg/

29. April 2010/bsg29

Neue Angebote und bewährte Partner

Das Familienpass-Begleitheft für die Saison 2010/2011 ist da! Die Angebote gelten ab dem 1. Mai

Ab sofort gibt es das neue Begleitheft zum Hamburger Familienpass in den Kundenzentren der Bezirke. Mit dem Heft können sich die Familienpassnutzer – und alle, die es noch werden wollen – über die Angebote informieren, die sie mit dem Pass günstiger bekommen. 51 Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen sind in diesem Jahr dabei. Darunter bewährte und neue Angebote – von Hagenbecks Tierpark über Indoor-Spielplätze, Sportvereine, das Miniatur Wunderland bis hin zum HSV- und zum Maritimen Museum. Über die Angebote hinaus enthält das Heft außerdem wieder zahlreiche Informationen zu den Themen Erziehung, Kindertagesbetreuung oder Familie und Beruf.



„Wir haben den Familienpass im Jahr 2007 eingeführt, weil wir Eltern dazu motivieren wollten, mit ihren Kindern mehr zu unternehmen“, so **Familiensenator Dietrich Wersich**.

„Deshalb freue ich mich, dass sich der Familienpass in den letzten Jahren immer wachsender Beliebtheit erfreut hat. Rund 110.000 Hamburgerinnen und Hamburger haben inzwischen einen Pass und nutzen die vielen Angebote. Mit dem Familienpass zeigen wir, dass Hamburg für Familien etwas zu bieten hat. Und neben den Vergünstigungen informieren wir zugleich über weitere Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten.“

Mehr Informationen gibt es auch Internet unter www.hamburg.de/familienpass

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de / Internet: www.hamburg.de/bsg/

Wer kann den Hamburger Familienpass nutzen?

Der Familienpass gilt für alle Eltern und ihre Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr mit Wohnsitz in Hamburg. Auch Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende mit Kindern im Haushalt können den Familienpass nutzen, ebenso Pflegefamilien und Adoptivpflegefamilien.

Wie kann man die Angebote nutzen?

Die Ermäßigungen erhalten Sie einfach durch Vorlage Ihrer Passkarte bei den jeweiligen Anbietern. Folgende Institutionen beteiligen sich mit Ermäßigungen am Hamburger Familienpass:

Abaton Kino • Aktion Kinderparadies • ATG Alster Touristik • Bäderland • BallinStadt • Budnikowsky • Deutsches Schauspielhaus • Dialog im Dunkeln • Ernst Deutsch Theater • Faszination Technik Klub • Flughafen Modellschau • Fundus Theater • Geld und Haushalt • HADAG • Hagenbeck • Hamburg Dungeon • Hamburger Puppentheater • Hamburger Sportbund – TopSportVereine • HSV Museum und Stadionführung • HVV • Indoo Park • Internationales Maritimes Museum • Kampnagel • Kellertheater • Klick Kindermuseum • Klingendes Museum • Maritime Circle Line • Miniatur Wunderland • Mitmachlabor EMA • Museumsschiff Rickmer Rickmers • Nestwerk e.V. • Oma-Hilfsdienst • Opernloft • Pandino • Panoptikum • Planetarium • Rabatzz • Schülerhilfe • SchwarzLICHTviertel • Schwimmverein Poseidon • Speicherstadtmuseum • Spielscheune der Geschichten • Spielstadt Hamburg XXL • Staatsoper Hamburg – Hamburg Ballett • Thalia Theater • Theater für Kinder • Theater Jugend • Theater Zeppelin • U-Boot Museum • VÄTER e.V. • VHS

Wie lange ist der Familienpass gültig?

Die Familienpasskarte ist ab Ausstellung ein Jahr lang gültig – jeweils zum 1. des folgenden Monats. Die im Begleitheft enthaltenen Freizeitangebote gelten vom 1. Mai 2010 bis zum 30. Juni 2011. Neue Familienpässe können bereits 6 Wochen vor Ende der Gültigkeit des abgelaufenen Familienpasses beantragt werden. Die Verlängerung um ein Jahr kostet 5 € pro Familie.

Wo gibt es den Hamburger Familienpass?

Der Familienpass ist in jedem bezirklichen Kundenzentrum zum Preis von 5 € pro Familie erhältlich. Jedes Familienmitglied erhält seine persönliche Passkarte, dazu gibt es das Heft mit den Familienpass-Angeboten.

Welche Unterlagen werden benötigt?

Für die Ausstellung sind die Personalausweise der Erwachsenen sowie Geburtsurkunden oder Kinderreisepässe bzw. Kinderausweise der Kinder vorzulegen. Bei Pflegefamilien und Adoptivpflegefamilien die entsprechenden Bescheinigungen vom Jugendamt. Für die Verlängerung der Familienpässe reicht die Vorlage der Personalausweise der Erwachsenen und der vorhandenen Familienpässe.

Wie kann man den Familienpass online beantragen?

Unter www.hamburg.de/familienpass kann man den Familienpass auch im Internet bestellen – ohne Vorlage von Unterlagen im Kundenzentrum. Die Familienpässe werden dann mit dem Begleitheft per Post zugeschickt, die 5 € pro Familie werden vom Konto abgebucht.

Wie erhält man die HVV-Ermäßigung?

Für den HVV erhält jedes Familienmitglied zusammen mit der persönlichen Passkarte einen Berechtigungsschein zum Erhalt der vergünstigten HVV-Zeitkarten. Dieses Angebot ist begrenzt bis einschließlich Dezember 2010: Mit dem Hamburger Familienpass zahlt jedes Familienmitglied bis Ende 2010 5 € im Monat weniger auf seine HVV-Monatskarte. Egal, ob CC-Monatskarte, Allgemeine Monatskarte, ProfiCard, Senioren-Monatskarte oder Schüler-Monatskarte - ob im Abonnement, über den Arbeitgeber oder in der Servicestelle monatlich gekauft.

Wo erhält man Informationen über den Familienpass?

Alle Informationen zum Hamburger Familienpass sind auch auf www.hamburg.de/familienpass zu finden. Dort kann man sich auch für einen Newsletter registrieren lassen. Damit können Inhaber des Familienpasses aktuelle Informationen zu neuen Angeboten und Veranstaltungen per E-Mail erhalten. Das Angebot ist kostenlos und jederzeit kündbar.

29. April 2010/bsg29a

„Alkohol? Kenn dein Limit“ Aufklärungskampagne der BZgA auch in Hamburg

Der Alkoholmissbrauch bei Kindern bleibt ein Thema. Um weiter Aufmerksamkeit für die Problematik zu erzielen bewirbt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) auch in Hamburg auf Plakatwänden, Infoscreens und Videoleinwänden die Kampagne „Alkohol? Kenn Dein Limit“.

Dank des Kooperationsvertrages zwischen dem Verband der privaten Krankenversicherung e.V. (PKV) und der BZgA kann die Alkoholprävention in Deutschland einen weiteren Schritt nach vorne gehen. Mit der Unterstützung des Fachverbandes Außenwerbung (FAW) werden die Kampagnenmotive bundesweit auf insgesamt 40.000 so genannten Citylight-Plakaten geschaltet. Auch ein neues Internetportal www.kenn-dein-limit.info steht bereit. Unterschiedliche zielgruppenspezifische Aktionen sind weitere wichtige Kampagnenelemente.

Die norddeutschen Fachstellen für Suchtprävention stimmen überein, dass Plakate und Filme allein nicht ausreichen, um dem Alkoholmissbrauch unter jungen Menschen entgegenzuwirken. Sie entwickeln daher zeitgleich gemeinsam mit der BZgA begleitende und unterstützende Angebote und Kampagnenelemente, um die Zielgruppen noch besser zu erreichen. Den Auftakt hierzu bildete ein Workshop am 28. April im Suchtpräventionszentrum der Behörde für Schule und Berufsbildung. Expertinnen und Experten aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen verständigten sich u.a. auf gemeinsame Eckpfeiler von Maßnahmen, mit deren Hilfe zukünftig das Einstiegsalter in den Alkoholkonsum weiter erhöht und die bereits riskant Alkohol trinkenden Jugendlichen noch gezielter angesprochen werden können. Einigkeit besteht darin, dass dabei möglichst auch die Eltern der Betroffenen „mit ins Boot geholt werden“ sollen.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt

Tel.: 42863-34 78, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bsg

27. April 2010/bsb27

Bildungsbehörde baut Aula für Jugendmusikschule Christa Goetsch dankte Michael Otto für die großzügige Spende

Die Behörde für Schule und Berufsbildung baut eine Konzert-Aula an der Staatlichen Jugendmusikschule und damit zugleich ein adäquates Veranstaltungs-Forum. Am Nachmittag stellte **Bildungssenatorin Christa Goetsch** zusammen mit der Direktorin der Jugendmusikschule, Claudia Draser, und Vertretern des spanischen Architekturbüros Miralles-Tagliabue-EMBT auf einer Pressekonferenz den anwesenden Medienvertretern ein Modell und Details der zukünftigen Aula am Mittelweg vor. Die Bauarbeiten haben in diesen Tagen begonnen und sollen im März 2011 abgeschlossen sein. Die neue Konzert-Aula wird ca. 380 Besuchern Platz bieten und ca. 8 Millionen Euro kosten. Der langjährige Förderer der Jugendmusikschule **Michael Otto** unterstützt den Neubau. Christa Goetsch dankte ihm für seine außerordentlich großzügige Spende von 500.000 Euro, zumal er bereits den zentralen Bau der JMS vor nunmehr zehn Jahren durch sein Sponsoring (damals 5,5 Millionen DM) ermöglichte. Das Gebäude trägt seither seinen Namen.

Christa Goetsch: „Dank der ausgezeichneten Arbeit der Jugendmusikschule sind in den Hamburger Schulen neue Chöre, Orchester und Rhythmikgruppen entstanden. Damit sie alle in Zukunft einen Ort haben, an dem sie Konzerte und Aufführungen geben können, baut die Stadt Hamburg diese Aula – neben dem zentralen Bau der Jugendmusikschule am Mittelweg.“

Michael Otto: „Musik ist wichtig für die Allgemeinbildung. Sie ist eine elementare Ausdrucksform der Menschen, fördert die Kreativität, erreicht die Herzen und verbindet Menschen unterschiedlichster Kulturen und sozialer Verhältnisse. Deshalb unterstütze ich die frühkindliche Förderung musikalischer Bildung so gerne. Die Künstler von morgen sind die heutigen Schüler der Musikschulen – überall auf der Welt. Ihr Können wird beflügelt, wenn sie vor größerem Publikum die Kunst des öffentlichen Vortrags üben können. Die neue Aula bietet auf der Bühne Raum für ein ganzes Schulorchester. Ich freue mich, dass ich ihren Bau unterstützen kann.“

Die Staatliche Jugendmusikschule Hamburg

Die Staatliche Jugendmusikschule (JMS) feiert in diesem Jahr ihr 10-jähriges Jubiläum am Mittelweg. Sie ist die mit Abstand größte schulische Einrichtung für Kinder und Jugendliche in Hamburg und zugleich die größte Musikschule Deutschlands. Sie erweitert und verändert sich seit nunmehr 80 Jahren lebendig. Rund 15.000 Schülerinnen und Schüler werden zurzeit in der JMS von 325 Lehrerinnen und Lehrern in Räumen von rund 160 Staatlichen Schulen Hamburgs und in der Zentrale der JMS am Mittelweg unterrichtet. Die Organisation wird zentral gesteuert in sieben Stadtbereichen. So werden wöchentlich 3.500 Unterrichtsstunden erteilt, um den Schülerinnen und Schülern eine Mitwirkung in 100 Instrumentalgruppen Orchestern, Bands, Chören, Tanzgruppen und Projekten zu ermöglichen. Ergebnis: Ein buntes Programm mit jährlich über 100 Konzerten und anderen Veranstaltungen. Für alle diese Aktivitäten und das Zusammenspielen von Kindern und Jugendlichen, die Spaß am aktiven Musizieren haben, fehlte der Staatlichen Jugendmusikschule bisher eine zentrale Aufführungsstätte. Diese soll nunmehr geschaffen werden.

Interessierte Medienvertreter können druckfähiges Bildmaterial direkt in der Geschäftsstelle der Jugendmusikschule anfordern. Bitte wenden Sie sich an: Karen Krienke, Staatliche Jugendmusikschule Hamburg, Tel: 040 / 42801-4123, Email: karen.krienke@bsb.hamburg.de

Rückfragen

Melanie Nickel

stellv. Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Straße 31

22083 Hamburg

T: (040) 428 63 - 3497

F: (040) 427 966 - 148

E: melanie.nickel@bsb.hamburg.de

Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive:

www.schulreform.hamburg.de

29.04.2010/bsb29

Die Handelsschule Weidenstieg mit Wirtschaftsgymnasium gewinnt den Sonderpreis der Stadt Karlsruhe

Die Stiftung Wirtschaft und Erziehung hat die Handelsschule Weidenstieg mit Wirtschaftsgymnasium gestern mit dem Sonderpreis der Stadt Karlsruhe ausgezeichnet. **Der Berufsschulpreis 2010 zur Förderung der Qualitätsentwicklung durch Kaufmännische Schulen** war bundesweit ausgeschrieben. Die Hamburger Handelsschule überzeugte mit ihrem Projekt „Schülerfeedback“.

Bereits im Schuljahr 2004/05 fragten sich Lehrerinnen und Lehrer: Wer ist eigentlich für guten Unterricht verantwortlich? Sind es ausschließlich die Lehrkräfte oder sind auch die Schülerinnen und Schüler daran beteiligt? Im Schuljahr 2009/10 ist diese Frage eindeutig beantwortet: Gemeinsames Gestalten fördert die Qualität der Schule, Lehrer und der Schüler und schafft insgesamt ein positives Lernklima.

Deshalb sind Schülerfeedbacks seit 2009/10 fest im Schulalltag der Schule Weidenstieg verankert, verpflichtend für alle Schüler, Gymnasiasten wie auch Berufsschüler.

Bildungssenatorin Christa Goetsch gratuliert der Schule zu ihrem Erfolg:

„Sie übergeben den Schülern Verantwortung und sind selber für Kritik und Anregung offen. Das ist demokratisch und pädagogische Arbeit vom Feinsten.“

Die Hamburger Handelsschule mit ihrem Wirtschaftsgymnasium wurde in Karlsruhe für ihre überzeugende Arbeit belohnt. Das Projekt ist damit aber nicht beendet, sondern soll weiter optimiert werden.

Ansprechpartner:
Frau Helga Hemmerich
Handelsschule Weidenstieg mit Wirtschaftsgymnasium
Tel.:428012348, helga.hemmerich@bsb.hamburg.de

Rückfragen:
Johanna Götze-Weber
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg, Tel.: 040 42863 - 2541
johanna.goetze-weber@bsb.hamburg.de.

27. April 2010/bwf27



Erfolgreicher Ausbau der Branche Life Science in Hamburg und Schleswig-Holstein wird durch einen Masterplan gestärkt

Für die Life Science Branche in Hamburg und Schleswig-Holstein liegt nun ein Masterplan vor, dessen Handlungsempfehlungen die positive Entwicklung des Clusters *Life Science Nord* nachhaltig stärkt und fortentwickelt. Der Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit und die internationale Positionierung der Region stehen dabei im Vordergrund.

Life Science Nord ist ein Standort mit einer langen Historie in der Medizintechnik und einer jungen, innovativen Basis in der Biotechnologie und Pharmaindustrie. Über 500 Unternehmen sind in Hamburg und Schleswig-Holstein vertreten. Für die Forschung sorgen neun Universitäten, Hochschulen, zwei Universitätskliniken und sieben Forschungseinrichtungen. Diesen Akteuren gilt das Hauptaugenmerk des nun vorliegenden *Masterplan Life Science Nord*, dessen Strategie und Handlungsempfehlungen die Region in den kommenden zehn Jahren zu einem der führenden Life Science Cluster in Europa entwickeln soll. Die Basis der Strategie bildet ein Modell, welches auf die verstärkte Verbindung der Branchen Biotechnologie und Medizintechnik setzt: die sogenannte Biomedizintechnik. Sie gilt als eines der zukunftsweisenden Schlüsselthemen für die Entwicklung von neuen Produkten in der Medizin.

Erarbeitet wurde der Masterplan von Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur und Capgemini Deutschland GmbH, einem auf die Entwicklung und Umsetzung von technologieorientierten Wachstumsstrategien spezialisiertem Beratungsunternehmen. In zahlreichen Workshops und über 200 Interviews wurde der Bedarf bei Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen in der Region ermittelt. Die daraus abgeleiteten Maßnahmen konzentrieren sich auf vier strategische Handlungsfelder. Hierzu gehören die marktgerechte Vernetzung der technologischen und wissenschaftlichen Kompetenzen in der Biotechnologie und Medizintechnik, die Verbesserung der Rahmenbedingungen hinsichtlich der Förderung und Qualifizierung, der weitere Ausbau des internationalen Marketings und die Organisationsstruktur des Clustermanagements.

„Der Masterplan zielt darauf ab, Hamburg und Schleswig-Holstein in die Top-Liga der europaweit führenden und international beachteten Life Science-Standorte zu befördern“, betont **Hamburgs Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach**. „Aufgrund der in Norddeutschland ansässigen international renommierten Forschungskapazitäten und der Vielzahl der kleinen und mittelständischen sowie international agierenden Unternehmen findet die forschungsintensive Life Science-Branche hier ideale Rahmenbedingungen.“

Schleswig-Holsteins Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Jost de Jager, unterstreicht die Erfolge und Potenziale der länderübergreifenden Kooperation: „Mit vereinten Ressourcen bieten wir unseren Unternehmen und Forschungsakteuren in Medizintechnik, Biotechnologie und Pharma erstklassige Entwicklungsperspektiven. Mit dem Masterplan Life Science Nord haben wir ein Handlungskonzept erarbeitet, mit dem die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg ihre Politik koordiniert auf die Bedürfnisse der Clusterakteure ausrichten können.“

In einem ersten Schritt soll in Kürze eine Änderung der Organisationsstruktur des Clustermanagements umgesetzt werden. Die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein werden den Bay to Bio Förderverein Life Science Nord e.V. in den Gesellschafterkreis der Norgenta aufnehmen und das Clustermanagement zu einem Public-Private-Partnership entwickeln. Bay to Bio e.V. zählt 120 Unternehmen zu seinen Mitgliedern. Zukünftig wird damit die Industrie stärker als bisher in die Steuerung und Aktivitäten des Clustermanagements eingebunden.

„Die enge Zusammenarbeit mit den Unternehmen aus der Region bietet uns erhebliches Potenzial für neue Kooperationen zwischen der Forschung und der Industrie. Unternehmensgründungen können beschleunigt und wissenschaftliche Projekte schneller zur Marktreife gebracht werden“, freut sich auch **Dr. Kathrin Adlkofer, Geschäftsführerin der Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur**, „Unser Standort wird dadurch nicht nur gestärkt, sondern auch für Unternehmen aus dem In- und Ausland attraktiver.“

Norgenta und das Cluster Life Science Nord

Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur GmbH ist die länderübergreifende Projekt- und Servicegesellschaft der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein zur Unterstützung der Life Science Aktivitäten in Norddeutschland. Unter dem Dach von Life Science Nord bündelt, vernetzt und koordiniert Norgenta die Branche für ein international wettbewerbsfähiges

Cluster. Als Clustermanager vernetzt die Agentur die Kompetenzen von Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Krankenhäusern. Die Initiierung innovativer Projekte zur wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Profilierung des Standorts gehört ebenso zu ihren Aufgaben wie die gezielte Vernetzung der vorhandenen Kompetenzen in der Industrie und Wissenschaft und die Erhöhung der Wahrnehmung durch eine internationale Vermarktung.

Über Bay to Bio Förderverein Life Science Nord e.V.

BAY TO BIO - Förderverein Life Science Nord e.V. heißt das Netzwerk für Akteure im Bereich der Biotechnologie, Medizintechnik, Biomedizin und Bioinformatik. Ziel des Vereins ist die Errichtung, Förderung und Pflege einer realen und einer virtuellen Informations- und Kommunikationsplattform für Gründer innovativer Start-Ups, Ideenträger aus der Wissenschaft, zukunftsorientierte Unternehmen, Investoren und Berater der Life-Science-Branche in Hamburg und Schleswig-Holstein. Ein enges und effektiv arbeitendes Netzwerk erleichtert den Akteuren der norddeutschen Life Science Branche Synergien in der Region zu nutzen. Der Branchenverein wurde 1999 gegründet und hat 120 Mitglieder.

Die Kurzfassung des Masterplan Life Science Nord steht zum Download bereit unter:

www.hamburg.de/bwf

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,
Tel.: 040 428 63-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

Norgenta, Ina Akkerman
Tel.: 040 47196-418, E-Mail: ina.akkerman@norgenta.de
www.life-science-nord.net

28. April 2010/bwf28

25 Mio. Euro für dringliche Sanierungen an der Universität Hamburg

Sonderprogramm soll Arbeits- und Leistungsfähigkeit erhalten

Der Hamburger Senat hat beschlossen, ein Sonderprogramm in Höhe von 25 Mio. Euro bereit zu stellen, damit besonders dringliche Sicherheits- und Betriebsmängel in Gebäuden der Universität Hamburg schnell beseitigt werden können.

So sollen zum Beispiel fehlende Brandmeldeanlagen installiert, neue Zu- und Abluftanlagen eingebaut, Brandlasten und Schadstoffe in Fluchtwegen beseitigt sowie Elektroinstallationen saniert werden. Ohne eine zügige Beseitigung der Sicherheitsmängel droht einigen Gebäuden oder Gebäudeteilen die Schließung. Die Entscheidung zur baulichen Entwicklung der Universität und damit über Modernisierung oder Neubau der Gebäude ist davon unbenommen. Die Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Universität muss auch für einen Übergangszeitraum gewährleistet bleiben. Die Maßnahmen sollen so schnell wie möglich begonnen und bis Ende 2012 fertiggestellt werden.

Die für das Sonderprogramm bereitgestellten Haushaltsmittel in Höhe von 25 Mio. Euro entstammen den Rückflüssen der Vorfinanzierung des Masterplans Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE). Die Festlegung der Maßnahmen erfolgt in enger Abstimmung mit den Sachverständigen der Feuerwehr und des Amtes für Arbeitsschutz.

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,
Tel.: 040 428 63-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

29. April 2010/bwf29

Zweiter Bericht über die Höhe und Verwendung der Studiengebühren vorgelegt

Senatorin Gundelach: Studiengebühren wirken sich positiv auf die Studienqualität aus

Zum Sommersemester 2007 sind in Hamburg erstmals Studiengebühren eingeführt worden. Der Senat hat sich dabei zum Ziel gesetzt, jährlich über die Verwendung der Einnahmen aus Studiengebühren durch die Hochschulen zu berichten. Der zweite Bericht für den Zeitraum vom 01.04.2008 bis 31.03.2009 liegt jetzt vor.

Der knapp 30 Seiten umfassende Bericht informiert über die Einnahmen aus Studiengebühren, die die Hochschulen erzielt haben und wie sie diese verwendet haben. Ebenso macht der Bericht Angaben über zahlungspflichtige Studierende, die Ausnahmen und Befreiungen sowie die Exmatrikulationen wegen Nichtzahlung von Gebühren.

Im Sommersemester 2008 und Wintersemester 2008/2009 haben die sechs staatlichen Hamburger Hochschulen insgesamt rund 33,7 Mio. Euro an Studiengebühren eingenommen. Als größte Hochschule erzielte die Universität Hamburg auch die höchsten Einnahmen. Im Betrachtungszeitraum kam sie auf 20,7 Mio. Euro. Im Wirtschaftsjahr 2008 haben die Hochschulen über 28,3 Mio. Euro für Maßnahmen ausgegeben, darunter die Universität knapp 17,2 Mio. Euro. Die noch offen stehenden Beträge sind ebenfalls fest verplant.

Aus dem Bericht ergibt sich, dass die Hochschulen ihre Einnahmen aus den Studiengebühren unterschiedlich verwenden. Bei der Universität Hamburg, der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg und der Technischen Universität Hamburg-Harburg liegen die Schwerpunkte insbesondere in der Verbesserung der Infrastruktur, gefolgt von der Erhöhung der Betreuungsintensität. Die HafenCity Universität Hamburg hat überwiegend in die Verbesserung von Serviceleistungen und in die Verbesserung der Infrastruktur investiert.

Bei der Hochschule für Musik und Theater Hamburg liegen die Schwerpunkte in der Verbesserung der Infrastruktur sowie in der Profilbildung und Attraktivitätssteigerung, bei der Hochschule für bildende Künste Hamburg in der Erhöhung der Betreuungsintensität sowie ebenfalls in der Profilbildung und Attraktivitätssteigerung. Alle Maßnahmen waren ausschließlich lehrbezogen.

Im Einzelnen verteilen sich die Ausgaben auf fünf zwischen der Wissenschaftsbehörde und den Hochschulen verabredete Verwendungskategorien:

25 Prozent (7,17 Mio Euro) kamen der **Erhöhung der Betreuungsintensität** zu Gute, zum Beispiel für Vertretung von Vakanzen, Gast-/ befristete Professuren, Tutorien, studentische

Hilfskräfte oder zur Verbesserung des Prüfungswesens. Rund sechs Prozent (1,57 Mio. Euro) wurden zur **Steigerung des Qualitätsmanagements** in der Lehre eingesetzt (Coaching- bzw. Schulungsangebote für Hochschullehrer, Lehrevaluationen), 10 Prozent für **Profilbildung und Attraktivitätssteigerung**, wie zum Beispiel für die Ausweitung des Lehrangebots, Förderung studentischer Projekte, Sprachkurse, Karriereservice oder Infomanagement. Gut 40 Prozent (11,33 Mio Euro) wurden für die **Verbesserung der Infrastruktur in der Lehre** in Anspruch genommen, beispielsweise für die technische Ausstattung von Laborplätzen, IT-Service, E-Learning, die erweiterte Ausstattung und Serviceangebote der Bibliotheken sowie für bauliche Maßnahmen. Zur **Verbesserung der Serviceleistungen** im Allgemeinen, wie zum Beispiel Studiengangberatung, Praktikantenvermittlung oder Karriereservice, sind 11 Prozent (3,13 Mio Euro) aufgewendet worden. Hinzu kommen knapp acht Prozent (2,17 Mio Euro) für die verwaltungsmäßige Betreuung der Verbesserungsmaßnahmen bei der Universität Hamburg, die hier aus rechentechnischen Gründen und anders als bei den übrigen Hochschulen extra ausgewiesen sind.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Aus den Berichten der Hochschulen wird deutlich, dass immer mehr Maßnahmen umgesetzt und neue Ideen gemeinsam von den Hochschulen und den Studierenden verwirklicht werden. Der Gesamtbericht zeigt, dass sich die Studiengebühren sehr konkret und positiv auf die Studienqualität auswirken, indem sie dazu beitragen, die Studienbedingungen insgesamt zu verbessern und wichtige studiennahe Dienstleistungen einzuführen. Die Einnahmen aus den Studiengebühren kommen den Studierenden dabei in vollem Umfang und unmittelbar zugute. Auch wenn beim Management noch nicht alles perfekt ist, bin ich mit dem zweiten Verwendungsbericht insgesamt zufrieden. Ich danke allen Mitwirkenden für ihre engagierte Arbeit. Wir haben mit den Hochschulen vereinbart, dass diese ihre Berichte künftig zeitgerechter vorlegen.“

Der Gesamtbericht steht im Internet zum Download bereit unter: www.hamburg.de/bwf

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,
Tel.: 040 428 63-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

27. April 2010/jb27

Google Street View: gesetzliche Regelung statt Selbstverpflichtung

Private Unternehmen filmen ganze Straßenzüge und stellen die Ansichten im Internet zur Verfügung. Der Senat reagiert mit einer Gesetzesinitiative zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes darauf, dass private Anbieter wie Google Street View und Andere dabei Persönlichkeitsrechte verletzen. „Regeln zum Abfilmen von Häusern und Straßen müssen gesetzlich bindend sein. Eine freiwillige Selbstverpflichtung reicht nicht. Wir wollen die Persönlichkeitsrechte schützen und Informations- und Widerspruchsrechte verpflichtend machen“, kommentiert **Justizsenator Dr. Till Steffen**. „Wir wollen die Lücken im Bundesdatenschutzgesetz schließen. Auf die freiwillige Selbstverpflichtung von Google ist kein Verlass. Hier erlegt sich das Unternehmen freiwillige Regeln auf, dort sammelt es Daten über private WLAN-Netze, die die Nutzer verschlüsseln, weil sie nicht für die Allgemeinheit bestimmt sind.“

Folgende Punkte sollen gesetzlich geregelt werden:

- Unternehmen werden verpflichtet, Gesichter und Kfz-Kennzeichen unkenntlich zu machen, bevor die Bilder ins Internet eingestellt oder im Rahmen eines anderen Dienstes (z.B. Navigationssystem) bereit gestellt werden;
- Unternehmen müssen nicht-anonymisiertes Rohdatenmaterial innerhalb eines Monats nach Datenübertragung und Bereitstellung im Internet löschen;
- Unternehmen müssen einen Monat vor dem systematischen Abfilmen den Hamburgischen Datenschutzbeauftragten und die Öffentlichkeit informieren;
- Abgebildete Personen, die neben der ohnehin verpflichtenden Unkenntlichmachung des Gesichts auch die Verpixelung der weiteren Abbildung ihrer Person (Statur, Kleidung) verlangen können, haben ein uneingeschränktes Widerspruchsrecht;
- Hauseigentümer und Mieter haben ein uneingeschränktes Widerspruchsrecht gegen die Abbildung des Gebäudes und damit Schutz vor Missbrauch;
- bei Verstößen müssen die Unternehmen ein Bußgeld von bis zu 50.000 Euro zahlen.

Kontakt:

Pia Kohorst, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de



Hanseatisches Oberlandesgericht Gerichtspressestelle

Landgericht Hamburg verbietet Verwendung des „Top 100“-Siegels im Zeitschriftenhandel

28. April 2010/ger28

Das Landgericht Hamburg hat mit Urteil vom 26. April 2010 auf den Antrag der Gruner+Jahr AG & Co KG eine einstweilige Verfügung gegen die Bauer Vertriebs KG (Antragsgegnerin) erlassen.

Mit dieser Verfügung ist es der Antragsgegnerin verboten, 26 Zeitschriftentitel aus der Bauer Media Group mit folgendem Siegel



auf der Titelseite zu vertreiben und / oder vertreiben zu lassen. Das „Top 100“-Siegel begründet nach der Auffassung des Gerichts die Gefahr einer Irreführung und verstößt damit gegen das Verbot irreführender geschäftlicher Handlungen (§ 5 UWG). Angesprochen würden mit dem Siegel vornehmlich die Endverbraucher. Jedenfalls bei den privaten Endverbrauchern bestehe die Gefahr, das streitgegenständliche „Top 100“-Siegel dahingehend zu verstehen, dass die „Bauer Media Group“ 100 „Top 100“-Titel herausbringe, zu denen die jeweils so gekennzeichneten Zeitschriften gehören. Dieser Eindruck einer konzernzugehörigen „Top 100“ ergebe sich nicht zuletzt daraus, dass im oberen Bogen des Siegels die Aufschrift „Bauer Media Group“ zu sehen ist. Ein erheblicher Teil der Verbraucher werde diese Aufschrift als Zuordnung des Siegels zu der „Bauer Media Group“ verstehen, zumal auch nur Zeitschriften der Antragsgegnerin mit dem Siegel gekennzeichnet sind. Dass es sich dabei um ein „Top 100“-Ranking der Zeitschriften *aller* Verlage handelt, werde aus dem Siegel dagegen nicht hinreichend deutlich.

Weiter wird der Antragsgegnerin in der einstweiligen Verfügung verboten, die Presse-Grossisten dazu aufzurufen, die „Top 100-Aktion“ zu unterstützen und / oder fortzusetzen. Die Beteiligung der Pressegrossisten an der „Top 100“-Aktion stellt nach Ansicht des Gerichts einen Verstoß gegen die sich aus § 20 Abs. 1 GWB ergebende Neutralitätsverpflichtung gegenüber dem Einzelhandel dar. Marktbeherrschenden Unternehmen wie den Pressegrossisten sei es nach § 20 Abs. 1 GWB untersagt, gleichartige Unternehmen bzw.

wirtschaftlich gleichliegende Sachverhalte ohne sachliche Rechtfertigung unmittelbar oder mittelbar unterschiedlich zu behandeln. Eine solche Ungleichbehandlung liege hier jedoch vor. Die „Top 100“-Aktion zielt (unter anderem) darauf ab, dass die Pressegrossisten die Einzelhändler dazu veranlassen sollen, sämtliche „Top 100-Titel“ bevorzugt, möglichst mit Vollsicht der Zeitschriftencover, zu präsentieren. Dadurch würden gleichartige Unternehmen, nämlich alle Zeitschriftenverlage, mit Blick auf die Präsentation ihrer jeweiligen Zeitschriften unterschiedlich behandelt, je nachdem, ob die betroffene Zeitschrift in dem „Top 100“-Ranking aufgeführt ist oder die anderen Zeitschriftenverlage sich an der „Top 100“-Aktion beteiligten. Einen tragfähigen sachlichen Grund für diese Ungleichbehandlung habe die Antragsgegnerin nicht glaubhaft gemacht.

Ferner beanstandet das Gericht, dass mit der von der Antragsgegnerin initiierten „Top 100“-Aktion im Wettbewerb stehende Verlage nachgerade gezwungen würden, sich an der Aktion zu beteiligen, anderenfalls ihre „Top 100“-Titel nicht an der bevorzugten Behandlung durch den Einzelhandel teilnehmen könnten. Das Gericht sieht darin einen Eingriff in die „negative unternehmerische Entscheidungsfreiheit“ der betroffenen Mitbewerber. Es handele sich um eine unbillige Behinderung im Sinne des § 20 Abs. 1 GWB.

Schließlich wird der Antragsgegnerin in der einstweiligen Verfügung verboten, die Presse-Grossisten dazu aufzurufen, die Presseeinzelhändler dazu zu veranlassen, die mit dem Siegel gekennzeichneten Zeitschriften im Zeitschriften-Einzelhandel möglichst in Vollsicht zu zeigen.

Die Antragsgegnerin haftet nach Auffassung des Gerichts für das kartellrechtswidrige Verhalten der Pressegrossisten, denn sie hat diese bewusst und in Kenntnis möglicher rechtlicher Probleme zu dem kartellrechtswidrigen Verhalten aufgerufen und veranlasst.

Das gerichtliche Aktenzeichen lautet 315 O 99/10.

Rückfragen:

Dr. Conrad Müller-Horn

Tel.: 040/42843-2017/Fax: 040:42843-4183

E-Mail: Pressestelle@olg.justiz.hamburg.de

29. April 2010/jb29

Jam in Santa Fu: Justizsenator präsentiert Jam in Jail-CD und übergibt „Geld“ an den Weißen Ring

Zwei Gründe zum Feiern gibt es heute in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Fuhlsbüttel: Justizsenator Dr. Till Steffen präsentiert die erste CD mit Live-Mitschnitten der Konzertreihe „Jam in Jail“ mit Stefan Gwildis, Michy Reincke, Doris Decker, Nina Maleika und Anderen und übergibt eine Förderzusage von 40.000 Euro an den Weißen Ring.

„Die Konzerte waren echte Highlights für die Gefangenen. Mein Dank geht an die Künstlerinnen und Künstler, die auf ihre Gage verzichtet und überzeugende Auftritte hingelegt haben“, so **Justizsenator Dr. Steffen**.

Gefeiert werden auch dreieinhalb Jahre Marke „Santa Fu“: Justizsenator Dr. Steffen übergibt dem Weißen Ring eine Zahlungszusage über rund 40.000 Euro aus einem Teil der Verkaufserlöse der Santa Fu-Produkte, darunter T-Shirts und Trikots, das Kochbuch „Huhn in Handschellen“ oder das Santa Fu-Memory. Die Produkte werden von Gefangenen in der JVA Fuhlsbüttel und der JVA Glasmoor hergestellt. Dazu **Justizsenator Dr. Till Steffen**: „Eine runde Sache – die Gefangenen haben eine sinnvolle Arbeit, verdienen Geld und tun dabei Gutes für die Opfer von Kriminalität.“

Die Hilfsorganisation Weißer Ring unterstützt die Opfer von Kriminalität. Die Marke „Santa Fu“ für Produkte aus dem Strafvollzug wurde im Jahr 2006 in einer Kooperation der Justizbehörde mit den Hamburger Unternehmen Markenwerke GmbH, somethink GmbH, TomWet und Schewestudio entwickelt. Die CD und die Santa Fu-Produkte können über <http://www.santa-fu.de> bestellt werden.

Kontakt:

Pia Kohorst, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953,
E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

27. April 2010/bksm27

„Nach dem Einsturz: Das Historische Archiv der Stadt Köln“

Ausstellung im Staatsarchiv Hamburg vom 5. bis 28. Mai 2010

Am 3. März 2009 stürzte das Historische Archiv der Stadt Köln ein. Die Bedeutung der verloren gegangenen Archivalien reicht weit über Köln hinaus. Auch Hamburg ist von der Zerstörung von Unterlagen zur mittelalterlichen Hanse unmittelbar betroffen. Die Ausstellung „Nach dem Einsturz: Das Historische Archiv der Stadt Köln“, die ab dem 5. Mai im Hamburger Staatsarchiv zu sehen ist, zeigt das Ausmaß des Einsturzes, die Bergung und die Verluste einmaligen Kulturgutes und gibt Einblick in die faszinierenden Möglichkeiten heutiger Restaurierung. Einen mit Köln vergleichbaren Verlust erlitt Hamburg im Mai 1842 durch den Großen Brand. Die Ausstellung erinnert daher auch an dieses Ereignis und seine Folgen.

Die Ausstellung ist vom 5. bis 28. Mai, montags bis freitags von 10-16 Uhr und mittwochs von 10-18 Uhr, geöffnet. Der Eintritt ist frei. Interessierte sind auch herzlich eingeladen zur Ausstellungseröffnung, am Dienstag, den 4. Mai 2010, um 16 Uhr. Dr. Ulrich Fischer, Stellvertretender Leiter des Historischen Archivs der Stadt Köln, wird über „Katastrophe und Wiederaufbau - Perspektiven 14 Monate nach dem Einsturz“ sprechen. Im Anschluss hält der ehemalige Direktor des Hamburger Staatsarchivs, Prof. Dr. Hans-Dieter Loose, einen Vortrag über „Das Hamburger Stadtarchiv im Großen Brand von 1842: Die Verluste und die Suche nach Ersatzüberlieferung“. Ab 18 Uhr präsentiert der Krimi-Autor Boris Meyn eine „Best of“-Lesung seiner historischen Romane, die auf Recherchen im Staatsarchiv beruhen.

Im Mai gibt es weitere Vorträge im Staatsarchiv: Am 11. Mai 2010, um 18 Uhr, erinnert Prof. Dr. Franklin Kopitzsch (Leiter der Arbeitsstelle für Hamburgische Geschichte) in seinem Vortrag „Hamburgs langer Weg zur Reichsfreiheit“ an den diesjährigen 500. Jahrestag Hamburgs als Reichstadt. Am 25. Mai 2010, um 18 Uhr, stellt Dr. Anna v. Villiez (Oxford Brookes University) ihre Forschungen zur Verfolgung von jüdischen Ärzten in der NS-Zeit vor, die auf Quellen des Staatsarchivs basieren. Alle Veranstaltungen sind öffentlich. Der Eintritt ist frei.

Für Rückfragen:

Joachim W. Frank, Thomas Brakmann
Staatsarchiv Hamburg, Kattunbleiche 19, 22041 Hamburg
040 - 4 28 31 - 3178/ - 3110

29. April 2010/fb29

Einheitlich und bürgerfreundlicher – Das Finanzamt Hamburg-Bergedorf organisiert seinen Veranlagungsbereich neu

Die Hamburger Finanzämter werden nach und nach auf eine einheitliche und vor allem bürgerfreundliche Organisation umgestellt. Nachdem die Umstellung bei 8 Finanzämtern bereits abgeschlossen ist, wird sich Ende Mai 2010 auch das Finanzamt Hamburg-Bergedorf neu strukturieren. Dieses Finanzamt betreut die Bürger und Unternehmen in den Ortsteilen 601 - 614 (Bergedorf, Lohbrügge sowie die Vier- und Marschlande). Das Finanzamt Hamburg-Bergedorf ist daneben für die Besteuerung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nördlich der Elbe zuständig.

Um zukünftig eine schnellere Bearbeitung zu gewährleisten, erhalten die ca. 42.000 Steuerpflichtigen neue Steuernummern, die neben den bereits bekannten Identifikationsnummern zu verwenden sind. Derzeit werden im Finanzamt Hamburg-Bergedorf alle organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, damit die Umstellung möglichst reibungslos erfolgen kann.

Die Neuorganisation beschränkt sich aber selbstverständlich nicht nur auf die Vergabe neuer Steuernummern: Zusätzlich zu der bereits vorhandenen Informations- und Annahmestelle, deren Leistungen von den Bürgern gut angenommen werden, werden eine „Neugründungsstelle“ sowie eine zentrale „Umsatzsteuervoranmeldungsstelle“ eingerichtet. Während sich die Neugründungsstelle speziell mit Unternehmensneugründungen befasst und für die Beantwortung von steuerlichen Einstiegsfragen von Existenzgründern zuständig sein wird, wird sich die Umsatzsteuervoranmeldungsstelle ausschließlich mit dem Voranmeldungsverfahren beschäftigen und für diesbezügliche Fragen von Unternehmern zur Verfügung stehen.

In der heißen Phase der Umstellung ab dem 21. Mai 2010 ist das Finanzamt Hamburg-Bergedorf weiterhin erreichbar:

- über die Informations- und Annahmestelle im Dienstgebäude Ludwig-Rosenberg-Ring 41
- telefonisch über einen Notdienst unter den bisherigen Telefonnummern (alle Telefonanschlüsse werden auf eine kleine Gruppe von Vertretern geschaltet)
- vorübergehend zusätzlich in der Zeit vom 21.05.2010 bis 31.05.2010 jeweils von 8:00-15.00 Uhr unter den Nummern: 040/ 428 91 -2638 bzw. -2639

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 3. Mai bis 8. Mai 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 03.05.2010

- 09:00** Rathaus, Rathausmarkt
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort anlässlich des **Senatsempfangs zum 65. Jahrestag der Befreiung aus den Konzentrationslagern.**
- 10:00** Klärwerk Köhlbrandhöft von HAMBURG WASSER, Köhlbranddeich,
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil an der **Abschlussveranstaltung des Bildungsprojekts Aqua-Agenten.**
- 13:00** Ernst-Henning-Straße 20
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein Grußwort anlässlich der **Veranstaltung 100 Jahre Ernst-Henning-Schule.**
- 17:45** Rathaus, Bürgermeistersaal
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Empfanges der Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes, der Länder, sowie der Schweiz und Österreichs.**
- 18:00** Hamburg Welcome Center, Alter Wall 11
Staatsrat Dr. Michael Voges besucht die **Ausstellungseröffnung: „Träume leben – Migration als Chance“.**
- 18:00** Holstenwall 24
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters spricht im Rahmen der **Seminarreihe Hamburg European Green Capital 2011 zum Thema Innovative Mobilitätskonzepte.**
- 19:00** Europa-Passage, Bechstein-Konzertsaal
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann hält ein Grußwort zur **Eröffnung der Aktionswoche "Europa unter einem Dach".**

Dienstag, den 04.05.2010

- 11:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Honorarkonsul der Republik Niger, Andreas Manfred Rohardt, zum Antrittsbesuch.**
- 12:00** Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Senatsfrühstücks zum 80. Geburtstag von Bürgermeister a.D. Peter Schulz.**
- 12:00** Deutsches Rotes Kreuz Harburg, Maretstraße 73, 21073 Hamburg

Senator Christoph Ahlhaus übergibt drei neue **DRK-Fahrzeuge mit Digitalfunk des DRK-Harburg ihrer Bestimmung.**

- 14:00** Rathaus, Raum I
Herr Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann lädt als Vorsitzender zur **9. Sitzung des Stiftungsrates der Hamburger Stiftung Asien-Brücke** ein.
- 17:00** KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Jean-Dolidier-Weg
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **internationalen Gedenkveranstaltung zum des 65. Jahrestages der Befreiung aus den Konzentrationslagern.**
- Bürgermeisterin Christa Goetsch, Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil.
- 19:00** Bucerius Law School, Jungiusstr. 6
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil am **Denkmalsalon zum Thema Denkmalpflege in Großbritannien.**
- 19:30** Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Senatsempfanges zum 20jährigen Jubiläum von „Startschuss Hamburg e.V.“.**
- 20:00** Großmarkt Hamburg, Banksstraße 28, Eingang 1
Senator Dietrich Wersich besucht die **Veranstaltung „8. Hamburger Séparée“.**

Mittwoch, den 05.05.2010

ganztägig Konzerthaus Freiburg, Konrad Adenauer Platz 2, 79098 Freiburg
Staatsrätin Carola v. Paczensky nimmt vom **05. bis 07.05.2010 teil am 16. Deutschen Verwaltungsgerichtstag** und hält ein Referat zum Thema „Selbstverwaltung der Justiz?“.

ganztägig Steigenberger Hotel Remarque, Natruper-Tor-Wall 1, 49076 Osnabrück
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert nimmt am **05. und 06.05.2010 teil an der Amtschefkonferenz der 83. Gesundheitsministerkonferenz.**

10:00 Im Otto-Forum, Wandsbeker Straße 3-7, Gebäude 1,
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht im Rahmen des **Wissenschaftstags der Logistikinitiative** ein Grußwort zum Thema „Bedeutung der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft für Hamburg“.

13:00 Rathaus, Phönixsaal
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Empfanges zum HamburgAmbassador Meeting 2010.**

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil und lädt die HamburgAmbassadors anschließend zum Senatsfrühstück.

13:30 Ramada-Hotel, Holzhude 2, Hamburg Bergedorf
Staatsrat Dr. Michael Voges eröffnet die **Jahresfachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung** mit einem Grußwort.

- 13:45** Rudolf-Steiner-Haus, Mittelweg 11-12
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort zur **Auftaktveranstaltung für das zweite Aktionsjahr „Kita 21“**, Kitas erfahren Nachhaltigkeit, eine Initiative der Save Our Future Umweltstiftung.
- 18:30** Berlin, Hotel Adlon, Unter den Linden 77
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf **Einladung des Präsidiums des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. am Parlamentarischen Abend** teil.
- 19:30** Gästehaus des Senats
Senatorin Anja Hajduk spricht ein Grußwort bei den **Hamburg Ambassadors**.

Donnerstag, den 06.05.2010

- 09:30** Rathaus, Kaisersaal
Senator Dietrich Wersich lädt zu einem **Senatsempfang anlässlich Unterzeichnung der Verlängerung der ArbeitsschutzPartnerschaft**.

Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt teil.
- 11:00** Café am Plantschbecken im Stadtpark - Eingang Am Spielwiesenweg
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil an der **Informationsveranstaltung der Produktionsschulen „Acht auf einen Streich“**. Der 1.Stand-Up Paddler der Produktionsschule Barmbek wird zu Wasser gelassen.
- 11:30** Friedhof in Ohlsdorf, Fuhlsbüttler Straße
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck legt **gemeinsam mit dem ungarischen Botschafter Sándor Peisch einen Kranz zum 50. Todestag des ungarischen Komponisten Abraham Paul auf dem Friedhof Ohlsdorf** nieder und besucht anschließend den Jüdischen Friedhof Altona (Königstraße).
- 12:00** Einkaufszentrum Wandsbeker Quarrée, Cinemaxx
Senator Dietrich Wersich zieht ein **Résumé der Veranstaltung: „Die Seele kennt keine Kurzarbeit“ des Arbeitskreises „Einander begegnen – voneinander erfahren“** und eröffnet die dreitägige Infobörse im EKZ Wandsbeker Quarree.
- 12:30** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt die **„Gruppe 13“ (ein Zusammenschluss von 13 Botschaftern)**, die sich zu einem Besuch in der Hansestadt Hamburg aufhält, zum Senatsfrühstück.
- 14:00** Veterinäramt Grenzdienst, Am Altenwerder Kirchthal, 21129 Hamburg
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort zum **Richtfest des 3. Kontrollzentrums des Grenzdienstes des Veterinäramtes**.
- 14:00** IBA Dock, Am Zollhafen 12
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der feierlichen **Eröffnung des IBA Docks**.

- Senatorin Anja Hajduk nimmt teil.
- 14:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Senator Christoph Ahlhaus empfängt den **Kommandanten des französischen Hubschrauberträgers Jeanne D'Arc zum Antrittsbesuch.**
- 16:00** Rathaus, Phönixsaal
Staatsrat Dr. Stefan Schulz, empfängt die **Rektoren der Hochschulen der Polizeien der Länder** und spricht ein Grußwort.
- 18:00** Hospitalstraße 111, Haus 7
Staatsrat Dr. Michael Voges spricht ein **Grußwort zum Thema: „Für ein soziales Europa. Gegen Armut und Ausgrenzung“** aus Anlass der **Europawoche des DGB und der Türkischen Gemeinde Hamburg.**
- 18:00** Harburger Schloßstraße 18
Senatorin Anja Hajduk spricht bei der **Mitgliederversammlung channel Hamburg.**
- 19:00** Cafeteria der Ganztagschule St. Pauli, Bernhard-Nocht-Straße 12
Senator Dietrich Wersich beteiligt sich gemeinsam mit **Bundesministerin von der Leyen an der Diskussionsrunde: „Jugend unserer Gesellschaft – Zeit zu handeln“**, einer Veranstaltung von „Nestwerk e.V.“ und „Die Zeit“.
- 19:00** Conrad Hinrich Donner Bank AG, Ballindamm 27
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil am **Kulturdialog der Staatspolitischen Gesellschaft zum Thema „Elb Viel Harmonie?“** mit dem Generalintendanten der Elbphilharmonie Christoph Lieben-Seutter.
- 19:00** Festsaal, Hotel Atlantik, An der Alster 72-79
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Übersee-Tages.**
- Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil.
- 19:30** Thalia Theater, Zentrale, Alstertor 1
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann begrüßt anlässlich der **Europawoche zur Talkrunde „Europa für alle – alle für Europa?“**, die von „Alfons“ moderiert wird.
- Freitag, den 07.05.2010**
- 09:00** Rathaus, Turmsaal
Senator Christoph Ahlhaus empfängt **US-amerikanische Polizisten, die sich im Rahmen eines Austauschprogramms in Hamburg befinden**, und hält ein Grußwort. Die US-Generalkonsulin, Karen E. Johnson, nimmt teil.
- 09:30** Bundesrat Berlin, Leipziger Straße
Bürgermeister Ole von Beust, Senator Dr. Till Steffen und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nehmen teil an der **869. Plenarsitzung des Bundesrates.**
- 10:30** Uebel & Gefährlich, Medienbunker, Feldstr. 66
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort zur **Regionalkonferenz**

im Rahmen der Initiative „Kultur- und Kreativwirtschaft“ der Bundesregierung mit Kulturstaatsminister Bernd Neumann.

- 11:00** Servicezentrum Hamburg-Mitte, Großer Burstah 23
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein Grußwort und verleiht die **Auszeichnungen an die Preisträger des DAK-Wettbewerbs „bunt statt blau“**, einem Gesundheitsprojekt zur Aufklärung Jugendlicher über die Gefahren des Alkoholmissbrauchs.
- 11:00** Am Pfeilshof 20
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil am **Richtfest der neuen Sporthalle der Peter-Petersen-Gesamtschule.**
- 12:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Dr. Michael Vogel empfängt den **Spanischen Botschafter Excelencia Rafael Dezcallar y Mazarredo.**
- 13:00** Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeisterin Christa Goetsch empfängt die **Delegation des Deutschen Städtetages 2010.**
- 15:00** Rickmer Rickmers
Senator Axel Gedaschko eröffnet den **Hamburger Hafengeburtstag.**

Senator Christoph Ahlhaus nimmt teil.
- 15:30** Hans-Grahl-Weg im Gustav-Mahler-Park
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil an einer **Feierstunde** mit anschließendem Empfang anlässlich der **Benennung des Hans-Grahl-Wegs.**
- 16:00** Mehrzweckhalle des Gymnasiums Lerchenfeld, Lerchenfeld 10
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein Grußwort anlässlich des **100jährigen Bestehens des Gymnasiums Lerchenfeld.**
- 19:30** Überseebrücke
Senator Christoph Ahlhaus nimmt am **Cocktailempfang auf der Fregatte Hamburg** teil.
- 20:00** Deutsches Schauspielhaus
Bürgermeister Ole von Beust, Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck, Senatorin Dr. Herlind Gundelach und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil an der **Verleihung des Henri Nannen Preises.**
- Samstag, den 08.05.2010**
- 09:45** Sportplatz Langenfort 70
Senator Dietrich Wersich eröffnet den **St. Sophien-Cup, das Fußballturnier der Katholischen Schulen Hamburgs**, und spielt im Einlagenspiel in der Mannschaft „Prommis und Lehrer“ gegen die Vertreter von Kirche und Eltern.
- 11:00** Holzmarkt 13, Stadthalle, Verden / Aller 27283
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort zum **50-jährigen Jubiläum des Niedersächsischen Heimatbundes.**

19:00

Weg beim Jäger

Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Feierlichkeiten zu 50 Jahren Boeing und Lufthansa Technik in Hamburg.**